

PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH !

# Rote Fahne

Organ des Zentralkomitees der Marxistisch-Leninistischen Partei Österreichs (MLPO)

WORTE DES  
VORSITZENDEN  
MAO

Das Volk und nur das  
Volk ist die Triebkraft,  
die die Weltgeschichte  
macht.

Nr. 90

1. Jänner 1968

Einzelpreis S 3,-



## UNTER DER ROTEN FAHNE DES MARXISMUS-LENINISMUS

### VORWARTS IN EIN NEUES KAMPFJAHR !

Genossinnen und Genossen !

Das Jahr 1968 wird in der ganzen Welt und im besonderen auch in Österreich ein Jahr heftigster Klassenkämpfe, ein Jahr sich gewaltig verschärfender Auseinandersetzungen zwischen den revolutionären Kräften einerseits, und der Reaktion mit ihren heutigen Hauptstützen - Rechtssozialismus und modernem Revisionismus - andererseits sein.

Für unsere junge österreichische marxistisch-leninistische Partei wird das Neue Jahr erhöhte Anforderungen und Verpflichtungen bringen. Neben dem weiteren beharrlichen Aufbau und Ausbau unserer Organisation wollen wir bis zum ersten Geburtstag unserer Partei am 12. Februar unsere "Rote Fahne" im Zeitungsdruck, mit reichem Inhalt und mit der vorläufigen Auflage von durchschnittlich 10.000 Exemplaren herausbringen. Um dieses Ziel zu erfüllen, ist es notwendig, die materiellen Kräfte unserer Partei, die von der immer wieder bewiesenen, bewundernswerten Opferbereitschaft aller unserer Aktivisten und Freunde abhängen, bis zum äußersten anzuspannen. Wir glauben daher, im Sinne aller Genossen gehandelt zu haben, wenn wir heuer auf die Versendung besonderer Neujahrsbriefe und -Botschaften verzichtet haben und den

so eingesparten Betrag dem RF-Pressefonds zuschießen. Wir ersuchen zugleich alle unsere Genossen neuerlich mit aller Eindringlichkeit, ernsteste Anstrengungen zu unternehmen, um diesen Pressefonds zu stärken. Unsere in den Monaten November und Dezember erzielten Erfolge sind sehr erfreulich, aber sie genügen noch nicht. Weitere und vor allem kontinuierliche Anstrengungen sind erforderlich, um unserer Partei die materiellen Mittel zu geben, ohne die sie die an sie gestellten erhöhten Anforderungen nicht erfüllen könnte.

In diesem Sinne allen unseren Genossen, allen Lesern und Freunden innerhalb und außerhalb Österreichs ein kämpferisches, revolutionäres Prosit 1968!

DIE REDAKTION

# HAMMER ODER AMBOSS SEIN!

## ÖSTERREICHS WIRTSCHAFTLICHE SITUATION AN DER JAHRESWENDE UND IHRE KONSEQUENZEN FÜR DIE ÖSTERREICHISCHE ARBEITERKLASSE

Vor kaum einem Jahr haben die österreichischen Unternehmer und ihre Sachwalter noch die Politik betrieben, durch die Drohung mit einer möglichen Wirtschaftskrise einen Druck auf die arbeitende Bevölkerung auszuüben, sie mit dem "Argument" zu erpressen, ihre Forderung nach Erhaltung ihrer Reallöhne bzw. nach Ersatz ihrer bereits verlorenen Kaufkraft bringe die Gefahr der Konkurrenzunfähigkeit, des Investitionsrückgangs, der Massenarbeitslosigkeit und Wirtschaftskrise mit sich. Sogar Plakate mit den Arbeitslosenzahlen etlicher westlicher Länder wurden in den Betrieben von Unternehmerseite angeschlagen, um für Reallohnsenkungen und Abbau der sozialen Errungenschaften Bresche zu schießen. Unterstützt von den rechten SP- und Gewerkschaftsführern, hatte diese Einschüchterungskampagne zweifellos Erfolge und trug zu einer beschleunigten Reallohnsenkung in Österreich wesentlich bei.

Seither sind die Dinge rasch weitergediehen. Die Teuerung, mit der die nur zögernd erfolgenden, oft gegen den hartnäckigen Widerstand der Gewerkschaftsbürokratie erzwungenen Lohnerhöhungen bei weitem nicht Schritt gehalten haben, hat die Kaufkraft der arbeitenden Massen weiter untergraben und damit die entscheidende Stütze der Konjunktur in beschleunigtem Tempo geschwächt. Das "Gespenst" der Krise hat die reale Gestalt einer aktuellen Erscheinung angenommen, ist zur Gegebenheit der unmittelbaren Zukunft gewor-

den, in welche die kapitalistische Wirtschaft Österreichs immer rascher hineinsteuert.

So rasch und unverkennbar entwickelt sich die Wirtschaftskrise, daß die Unternehmer und ihre bezahlten Stimmungsmacher heute bereits alle Hände voll zu tun haben, in "Optimismus" zu machen, Öl auf die Wogen der Erregung zu gießen, die "Festigkeit des Schillings" zu lobpreisen und den Massen vorzulügen, es bedürfe nur noch einiger letzter Anstrengungen und Opfer, um "die Talsohle zu durchschreiten" und das rettende Ufer eines neuen Aufschwungs zu gewinnen.

Die Argumentation hat sich verkehrt, ihre Ziele und Zwecke sind aber dieselben geblieben: die Verstärkung der Ausbeutung und Ausplünderung der arbeitenden Massen, die Hinausschiebung und Abwürgung ihres Kampfes um Erhaltung und Wiedergewinnung ihres wirtschaftlichen Standards. Somit bleiben aber auch und verstärken sich noch die Folgen des mit allen Mitteln des materiellen und ideologischen Drucks geführten Kampfes des Kapitals um immer höhere Profite und beschleunigt sich das Tempo, in dem sich die Wirtschaftskrise entwickelt.

Noch liegen keine endgültigen Zahlen für das gesamte Jahr 1967 vor, aber schon die bisherigen wirtschaftlichen Zwischenbilanzen sind deutlich genug. Aus der am 30. November 1967 veröffentlichten Industriestatistik des österreichischen Handelsministeriums für das erste Halbjahr 1967 er-

gibt sich im Vergleich zum Vorjahr in fast allen Sparten nicht nur ein rapider Wachstumsverfall, sondern ein absoluter Produktionsrückgang. Um nur einige Beispiele zu nennen:

Im ersten Halbjahr 1967 traten im Vergleich zum ersten Halbjahr des Vorjahres die folgenden absoluten Produktionsrückgänge ein:

|                                |         |
|--------------------------------|---------|
| Ledererzeugung . . . . .       | -20,1 % |
| Lederverarbeitung . . . . .    | -11,1 % |
| Eisenerzeugung . . . . .       | - 0,9 % |
| Gießereiindustrie . . . . .    | - 6,0 % |
| Metallindustrie . . . . .      | - 3,5 % |
| Fahrzeugindustrie . . . . .    | - 2,0 % |
| Elektroindustrie . . . . .     | - 0,6 % |
| Textilindustrie . . . . .      | - 4,4 % |
| Bekleidungsindustrie . . . . . | - 1,2 % |
| Bergwerke . . . . .            | - 8,9 % |
| Steine und Keramik . . . . .   | - 1,2 % |

Lediglich in der chemischen Industrie sowie im Maschinen-, Stahl- und Eisenbau haben sich noch prozentuelle Zunahmen ergeben, doch hat sich im zweiten Halbjahr die Lage auch bei diesen Sparten verschlechtert. Am schlimmsten gestaltete sich die Situation in der Textilindustrie und im Bergbau, wo tausende Arbeitsplätze liquidiert wurden. Charakteristisch sind auch viele Details, wie zum Beispiel der Rückgang der Inlandsaufträge auf dem Stahl- und Eisensektor um 15 Prozent oder die Verkaufsrückgänge auf dem Sektor der langlebigen Konsumgüter wie um 13 Prozent bei Radioapparaten, 25 Prozent bei Fernsehapparaten im 1. Halbjahr 1967 gegenüber dem Vorjahr.

Die durchgehende Tendenz zur Krise hat sich im 2. Halbjahr 1967 bedeutend verstärkt. Über die wirtschaftliche Lage in Österreich im Herbst 1967 schreiben die "Monatsberichte" des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung (11/67) unter anderem:

"Die Investitionsgüterindustrien (-3 %) litten vor allem unter der geringen Nachfrage nach Vorprodukten (-9 %). Die eisenerzeugende Industrie (-11 %) und die Gießereien (-14 %) mußten ihre Produktion stark drosseln, obwohl sie zum Teil größere Exportaufträge hatten. Baustoffe wurden um 2 % weniger hergestellt."

Bei den Konsumgüterindustrien konnte trotz einer unverhältnismäßig hohen Exportsteigerung von rund 11 Prozent, die ihnen in besonders hohem Maß zugutekam, nur eine 2-prozentige Steigerung erzielt werden, woraus der starke Rückgang des Inlandabsatzes ersichtlich wird. Besonders in der Gruppe Bekleidung hielt die schon seit dem Frühjahr 1967 bestehende rückläufige Tendenz an, desgleichen bei den langlebigen Konsumgütern, wo in der Untergruppe Fahrzeuge sogar ein 41-prozentiger Rückgang aufscheint.

Die Entwicklung in der Landwirtschaft ist durch eine Welle schwerwiegender Preiserhöhungen charakterisiert: Kalisalz wurde um 9 %, Patentkali um 15 %, Superphosphat um 21 %, Thomasmehl um 29 % und Hyperphosphat um 45 % verteuert. Hand in Hand mit diesen und allen sich daraus ergebenden weiteren Verteu-

erungen engen sich sowohl die Absatzmöglichkeiten im Inland als auch im Ausland ein.

"Der Inlandsabsatz von Industriegütern blieb schwach." Obwohl "der Lohnauftrieb gering blieb", wie die "Monatsberichte" zugeben müssen, war der Preisauftrieb insbesondere bei preisgeregelten Waren und Leistungen mit 9,8 % und bei Dienstleistungen mit 9,4 % beträchtlich und machten sich auch schon die noch garnicht in Kraft getretenen neuen Mietengesetze durch eine Steigerung der Mieten bemerkbar.

"Die Arbeitslosigkeit hat seit Herbstbeginn steigende Tendenz. In den Wintermonaten dürften mehr Arbeitskräfte als in den letzten Jahren freigestellt werden... Auf dem Arbeitsmarkt wird die Konjunkturschwäche stärker fühlbar." Die Zahl der beschäftigten Inländer sank gegenüber dem Vorjahr um fast 25.000, gegenüber dem Jahr 1965 sogar um 60.000. Die Zahl der vorgemerkten Arbeitssuchenden vergrößerte ihren Abstand zum Vorjahr weiter, während das Stellenangebot im Oktober um 43 Prozent unter dem Vorjahrsstand lag. Bei den Frauen hat die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen bereits das Dreifache der Zahl der offenen Stellen weit überschritten.

Inzwischen ist die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen Mitte Dezember 1967 auf 88.219 gestiegen und werden Schätzungen veröffentlicht, daß sie bis zum Februar 1968 den Stand von 140.000 bis 150.000 erreichen



IHR SCHICKSAL IST DEM KAPITAL UND SEINEM STAAT EGAL. BIS 1970 SOLL DIE ÖSTERREICHISCHE KOHLENFÖRDERUNG VON ÜBER FÜNF AUF DREI MILLIONEN TONNEN REDUZIERT, DIE BESCHÄFTIGTENZAHL IM KOHLENBERGBAU HALBIERT WERDEN.

dürfte. Daß diese Schätzung durchaus real ist und daß es sich hier um weit mehr als bloß um eine saisonbedingte Erscheinung handelt, geht aus einer Reihe sehr ernstzunehmender Fakten hervor.

Zu diesen Fakten zählen nicht nur solche Entwicklungen wie das sprunghafte Zunehmen der Zahl von Konkursen (darunter zum Beispiel die Handelsfirma Gebrüder Groh mit 850 Beschäftigten), der ungewöhnlich starke Rückgang der Spareinlagen (siehe Mitteilungen des Direktoriums der Österreichischen Nationalbank von Ende 1967), sondern vor allem der sich für das Neue Jahr abzeichnende weitere Rückgang der Investitionstätigkeit. Nachdem die privatkapitalistischen Investitionen schon 1967 um durchschnittlich 13 Prozent gesunken sind (in der Investitionsgüterindustrie sogar um 20 Prozent!), ergibt sich aus dem eher optimistisch gefärbten Investitionstest des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung für 1968 ein neuerlicher Rückgang um durchschnittlich 7 Prozent, womit der tiefste Stand der letzten sieben Jahre erreicht würde. Besonders in der Bauindustrie, in der schon das Jahr 1967 die alarmierende Investitionsdrosselung um ein Drittel gebracht hatte, schätzt das ÖIW eine weitere Drosselung um 16 Prozent, also um ein Sechstel, im Jahr 1968. Selbstverständlich wird auch die im Budget vorgesehene Kürzung der öffentlichen Investitionen um rund 800 Millionen S fühlbare Auswirkungen haben.

### ALARMIERENDE BEISPIELE

\*\*\*\*\*

Betrachtet man bloß die Durchschnittsziffern, so mag vorläufig noch weder das Ausmaß der Produktionsrückgänge noch der Arbeitslosigkeit als besonders dramatisch erscheinen. Man darf aber nicht vergessen, daß sich hinter den Durchschnittsziffern in allen Fällen große Ungleichmäßigkeiten verbergen, die Lage in einzelnen Gebieten und auf einzelnen Sparten also tatsächlich schon dramatisch ist! So wie das durchschnittliche Steigen eines Hochwassers um wenige Zentimeter nicht aufregend erscheinen mag, für riesige Gebiete aber katastrophal sein kann, so ähnlich ist es auch mit den Krisenerscheinungen. Für den Ertrinkenden ist es ein schwacher Trost, zu hören, daß der durchschnittliche Wasserstand nur geringfügig angestiegen ist.

Nehmen wir etwa das Beispiel des österreichischen Kohlenbergbaus. Die Absicht der österreichischen Regierung, die österreichische Kohlenförderung bis 1970 von über 5 Millionen Tonnen auf 3 Millionen Tonnen zu senken und die Beschäftigtenzahl ungefähr zu halbieren, hat schon bis Oktober 1967 zur "Freisetzung" von 1500 Bergarbeitern geführt. Nach der Schließung des vorletzten Bergwerks im Burgenland, des Bergwerks Tauchen, von dessen 400 Beschäftigten im Dezember der letzte den Betrieb verlassen hat, steht als nächstes gegenwärtig der Lavantaler Kohlenbergbau (Lakog) auf der Ab-

schlußliste der staatlichen "Österreichischen Industrie-Verwaltungs-Gesellschaft" (ÖIG). Nicht nur, daß die ursprünglich 1300 Beschäftigten dieses Bergwerksbetriebes erst kürzlich durch ein schweres Gruben-Unfall betroffen wurden, trifft sie jetzt auch der Fluch des kapitalistischen Systems, das den Arbeitern auf die Dauer nicht einmal ihre Existenz als Ausgebeutete sichern kann. Und es ist schon klar, daß das Schicksal der burgenländischen und Kärntner Kumpels demnächst auch die Beschäftigten der Bergbaue Fohnsdorf, Pölfing-Bergla und des Wolfsegg-Traunthaler Reviers treffen wird, denn nach dem Regierungsprogramm sollen allein im österreichischen Kohlenbergbau 3600 Arbeitskräfte abgestoßen werden. Auch um den Preis großer Nachteile werden viele von ihnen nur schwer einen neuen Arbeitsplatz finden, weil die Krise auch schon die anderen Bergbaubetriebe zu erfassen beginnt. So steht unter anderem der einzige österreichische Kupferbergbau in Mitterberg (Salzburg) vor der Gefahr der Liquidation und werden bereits auch Verhandlungen darüber geführt, was mit den 1200 Beschäftigten der Veitscher Magnesit geschehen soll, wenn dort liquidiert wird.

Ein anderes Beispiel für die katastrophale Situation, die für bestimmte Gebiete und Sparten schon die beginnende Krise bedeutet, sind die traditionellen Industriegebiete in Niederösterreich. Innerhalb von 6 Monaten des Jahres 1967 wurden dort 26 Betriebe mit zusammen 1600 Arbeitsplätzen stillgelegt und 2500 Beschäftigte in anderen Betrieben "freigesetzt". Schon im Herbst 1967 wurde bekannt, daß für das kommende Jahr weitere 4000 Kündigungen beabsichtigt sind, obwohl die Zahl der in Niederösterreich Beschäftigten bereits um 9000 unter dem Stand von 1965 lag. Noch ist die skandalöse, offenbar im Interesse ausländischer Kapitalisten betriebene Stilllegung des Rax-Werkes in Wiener Neustadt in allgemeiner Erinnerung, beginnt sich dieser Fall schon bei der Textilfabrik Walek im selben Bezirk zu wiederholen, wobei hier der westdeutsche Hoechst-Konzern dahinterstecken dürfte. Obwohl das früher 1100 Beschäftigte zählende Werk schon auf einen Stand von 440 heruntergewirtschaftet wurde, hat man im Dezember einen weiteren Massenabbau angekündigt. Da auch andere Wiener Neustädter Betriebe (u. a. die Plastikfirma Keraplatt) Entlassungen ankündigen oder mit Stilllegung drohen, kann man sich vorstellen, wie ernst die Lage für tausende Wiener Neustädter Arbeiterfamilien bereits geworden ist. Im nahen Ternitz, wo der Schoeller-Bleckmann-Zweigbetrieb das ganze wirtschaftliche Leben beherrscht, ist die Situation womöglich noch bedrohlicher, da die diversen "Reorganisationspläne" der ÖIG in bezug auf Schoeller-Bleckmann im Grunde auf die Liquidierung des Ternitzer Werks hinauslaufen, wo prompt bereits einige hundert Entlassungen angekündigt worden sind.

Begnügen wir uns mit einem dritten Beispiel: die Lage in einem traditionellen Wiener Industriegebiet, in Floridsdorf-Stadlau. Hier haben so beherrschende Großbetriebe wie Elin, Trauzl, Hofherr-Schranz, Lofak, Pauker, Wiener Starkstromwerke (ehem. Siemens-Schuckert), Österr. Automobilfabriks AG (ehem. Austro-Fiat), Waagner-Biro u. a. bereits größere Entlassungen durchgeführt oder bereiten sie unmittelbar vor. Bei dem in Erfüllung von verbrecherischen Verträgen mit dem westdeutschen Siemenskonzern zur Liquidierung bestimmten Werk Siemensstraße der Wiener Starkstromwerke handelt es sich um einen

Großbetrieb, der vor kurzem noch über 1000 Beschäftigte zählte; bei der Floridsdorfer Lokomotivfabrik (die zum verstaatlichten SGP-Konzern gehört) ist als erste Etappe die Halbierung der Beschäftigtenzahl vorgesehen (in den SGP-Betrieben wurden seit dem Jahr 1964 schon über 1200 Arbeitsplätze aufgegeben!); bei der Elin-Union wurde im November offiziell ein Abbau von 700 Beschäftigten angekündigt, es kursiert aber eine Information, daß im Konzernbereich insgesamt 1500 Entlassungen beabsichtigt sind, nachdem die ÖIG eine "Gesundschumpfung" der verstaatlichten Elektroindustrie plant, die etwa 2000 Arbeitern ihren Arbeitsplatz kosten soll.

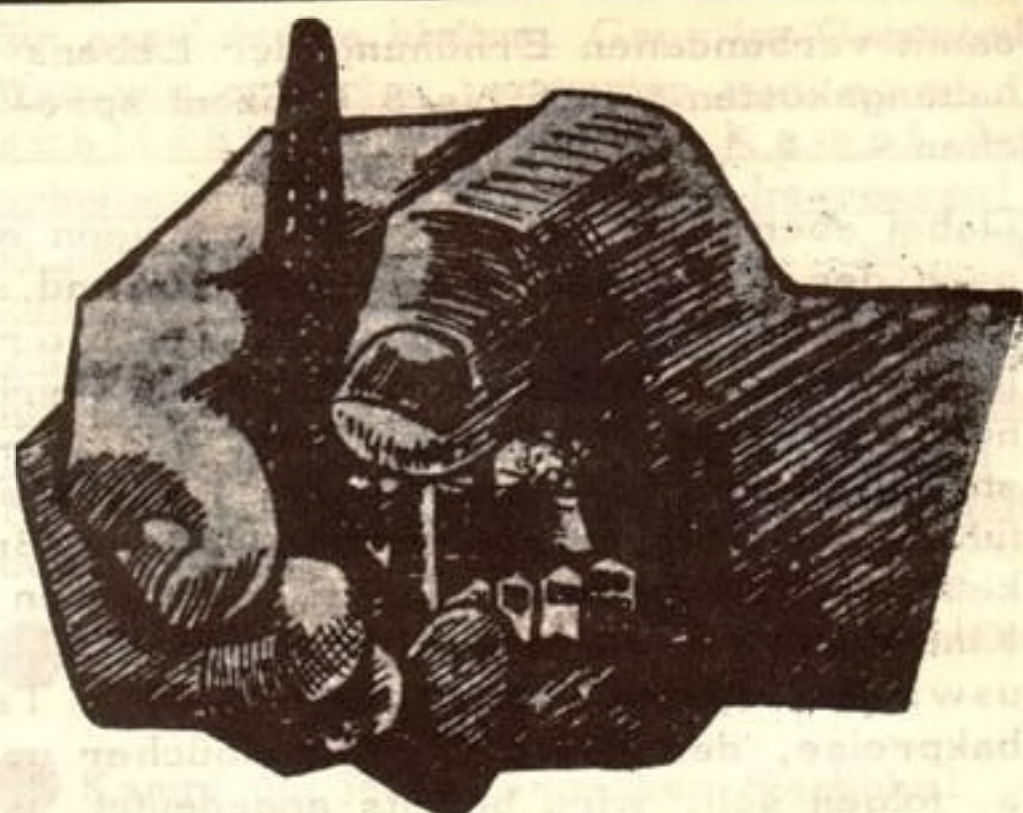
Werden diese vielen hunderte, ja tausende Arbeiter anderswo einen annähernd gleichwertigen Arbeitsplatz finden? Nur Betrüger oder Dummköpfe können den Arbeitern so etwas vorlügen angesichts der Tatsache, daß die Politik des "Gesundschumpfens", das heißt der Produktionsdrosselungen und Massenentlassungen, bereits in der ganzen verstaatlichten und privatkapitalistischen Industrie vorherrscht!

Wenn es dazu überhaupt noch weitere Beispiele bedarf, so erinnern wir an die Ankündigung des Abbaus von fast 400 Beschäftigten in der Alpine Donawitz; an die Kündigung von mehr als 300 Beschäftigten beim Grazer Waagner-Biro-Werk (wovon 70 schon durchgeführt wurden); an die beabsichtigte uns bisher nur mühsam verhinderte Schließung der Austria-Email in Wien-Simmering mit 600 Arbeitsplätzen; an die Liquidierungspläne in bezug auf die Korneuburger Schiffswerft (wofür die großkapitalistische "Presse" ganz offen die Reklame-trommel rührt) usw. - garnicht zu sprechen von den Absichten des Verkehrsministeriums, 13.000 Eisenbahner "einzusparen" (etliche reaktionäre Stimmen behaupten sogar, in Österreich gebe es 20.000 Eisenbahner zu viel!), von den Personaleinsparungen beim Öffentlichen Dienst (man spricht von 6.500 pro Jahr) usw. Sogar bei der Lawinen- und Wildbachverbauung wurden in dem von immer gefährlicheren Lawinen- und Überschwemmungskatastrophen bedrohten Österreich schon einige hundert Arbeiter entlassen und sind weitere Kündigungen geplant!

Es gehört tatsächlich schon einige Frechheit dazu, angesichts solcher Fakten noch von "Einzelerscheinungen" oder bloß von einer zeitweiligen "Konjunkturschwäche" zu reden.

### 1968: VERSCHÄRFTE AUSPLÜNDERUNGSPOLITIK

Die von "Wohlwollen" für das arbeitende Volk, von "Zuversicht" und "Hoffnung" erfüllten Neujahrsreden und -Artikel der tonangebenden österreichischen Politiker können weder darüber hinwegtäuschen, daß sie selbst es sind, welche den massiven kapitalistischen Angriff gegen die wirtschaftlichen und sozialen Interessen des arbeitenden Volkes organisieren und damit auch das Tempo der Krisenentwicklung beschleunigen, noch konnten sie auch



nur eine einzige Tatsache anführen, aus der sich eine Umkehr der gegenwärtigen wirtschaftlichen Entwicklungstendenz erwarten lassen könnte. Schlimmer noch. Gerade mit Beginn des Neuen Jahres haben sie der arbeitenden Bevölkerung eine Unmenge neuer schwerer Belastungen aufgehalst, die weitere schwerwiegende Einschränkungen der Massenkaukraft zur Folge haben und den Widerspruch zwischen den Produktionsmöglichkeiten und der kaufkräftigen Nachfrage weiter vergrößern, der zur Krise führt.

Mit 1. Jänner 1968 hat eine breite Welle von Mietzinserhöhungen eingesetzt, deren wirtschaftliche Folgen sich noch garnicht absehen lassen. Nicht nur, daß im Neuen Jahr eine Reihe von Sozialausgaben eingeschränkt wurden, sind die Abzüge für die Sozialversicherung sowie für die Krankenversicherung durch die Hinaufsetzung der Berechnungsgrundlagen erhöht, die Rezeptgebühren sogar verdoppelt worden. Schon das bedeutet, neuerlich einige hundert Millionen Schilling aus den Taschen der arbeitenden Bevölkerung zu nehmen, ist aber noch ein vergleichsweise kleiner Fischzug gegenüber dem, der mit 1. Februar einsetzen wird. Mit diesem Datum treten nämlich die im Budget vorgesehenen Erhöhungen der Massensteuern und Gebühren in Kraft, die zweieinhalb Milliarden S einbringen sollen. So soll bekanntlich die Erhöhung der Umsatzsteuer 800 Millionen, die Ausdehnung der Importausgleichssteuer 1000 Millionen, die Margarinesteuer 75 Millionen, die Erhöhung der Tabaksteuer 110 Millionen, die Verteuerung der Justizgebühren und Verwaltungsabgaben über 100 Millionen Schilling zusätzlich in den Staatssäckel befördern. Aus wessen Taschen diese Summen geholt werden, geht schon aus der Schätzung bürgerlicher "Experten" hervor, die von einer

damit verbundenen Erhöhung der Lebenshaltungskosten von 5 bis 8 Prozent sprechen.

Dabei aber wird es nicht bleiben, wenn es nach den Vorstellungen des Kapitals und seiner Interessenvertreter geht. Schon vor Inkrafttreten der Steuer- und Gebührenerhöhungen sind bei hunderten Waren und Leistungen neuerliche Verteuerungen durchgeführt oder beschlossen worden, so bei Brisketts, bei Süßwaren, beim Bier, bei den Kino- und Theaterpreisen, bei den Taxis usw. Daß später der Benzinpreis, die Tabakpreise, der Preis der Schulbücher u. a. folgen soll, wird bereits angedeutet, ist aber auch noch nicht alles. Natürlich darf auch die "sozialistisch" verwaltete Gemeinde Wien im immer rascheren Reigen der Preistreiberei nicht fehlen, weshalb sie bereits den Trinkwasserpreis und die Kanalgebühren, die Preise der städtischen Bäder und andere Tarife einschließlich der Bestattungskosten neu kalkuliert. Allein der Wasserpreis und die Kanalgebühren sollen ihr zusätzliche 120 Millionen Schilling bringen. Und so geht das weiter!

Was alle diese Beispiele und Tatsachen besagen, ist eindeutig: Nach den Plänen der kapitalistischen Machthaber Österreichs, ihrer Regierung und deren getreuer "Opposition" wird es im Jahr 1968 weitere brutale Angriffe auf den Lebensstandard, auf Realeinkommen und Kaufkraft der Massen des arbeitenden Volkes geben, werden sich die Krisentendenzen in der österreichischen Wirtschaft also weiter verstärken.

## REVOLUTIONÄRER KAMPF - EINZIGER AUSWEG

Die Führer der SPÖ raten der arbeitenden Bevölkerung angesichts der katastrophalen wirtschaftlichen Entwicklung, einfach auf das Jahr 1970 zu warten und dann der SP die Wählerstimme zu geben. Ein solcher "Ratschlag" bedeutet offensichtlich, sich noch zwei oder drei Jahre hindurch alles widerstandslos gefallen zu lassen und dann den Teufel der ÖVP-Regierung mit dem Beelzebub einer neuen Koalitionsregierung auszutreiben, die noch ein beträchtliches Stück volksfeindlicher wäre als die sattem gehabte. Inzwischen gefallen sich die SPÖ-Führer in der Rolle einer stimmungsgewaltigen, aber untätigen "Opposition", ja begleiten alle Verbrechen gegen das arbeitende Volk, sofern sie nicht unmittelbar an ihnen mit-

wirken, mit der freudigen Erwartung, eine solche Entwicklung werde ihre Wahlaussichten verbessern.

Die revisionistischen KPÖ-Führer haben zu ihrem größten Bedauern keine Gelegenheit zu einer solchen Politik und laufen gerade infolge ihrer restlosen Unterordnung unter das opportunistische Konzept immer mehr Gefahr, auch noch den letzten traurigen Rest an Wählerstimmen an die SP zu verlieren. Deswegen versuchen sie angestrengt, die SP-Führer in reformistischer Projektmacherei zu übertrumpfen. Sie zerreißen sich förmlich bei der Ausarbeitung von Investitionsprogrammen, Krisenbekämpfungsrezepten, Reorganisationsplänen, Expertengutachten und "Mitbestimmungs"-Vorschlägen, also in sogenannter "positiver Tätigkeit", mit deren Hilfe alles in Ordnung gebracht, alle Übel des kapitalistischen Systems auskuriert werden sollen. Unbekümmert um die Tatsachen tun sie so, als ob die kapitalistische Krise und alle damit zusammenhängenden Erscheinungen bloß aus der Dummheit und Ungeschicklichkeit der in Österreich Regierenden erwachsen. Auch wenn sie das natürlich ungern zugeben, ist die allen ihren "Alternativen" zugrundeliegende Vorstellung die, daß der Kapitalismus "an sich" eigentlich ein fabelhaftes System sei, wenn man es nur richtig zu reglementieren und zu "lenken" verstehe. In den Jahren, als sich der Kapitalismus mit der trügerischen Wangenröte seiner Nachkriegskonjunktur zeigte, stellten ihm die Revisionisten immer ungezierter das Zeugnis aus, sich tiefinnerlich gewandelt und veredelt zu haben. Jetzt, da die trügerische Fassade abbröckelt, tun sie so, als sei nicht das System, sondern die Hirnlosigkeit seiner gegenwärtigen Repräsentanten der Hauptgrund aller Übel und könne man diese Übel ohne weiteres beseitigen, indem man etwas mehr auf die Vorschläge des Gehirntrüsts vom Höchstädtplatz höre.

Mit Marxismus-Leninismus haben alle diese Vorstellungen und Projekte nicht das geringste gemein. Marxisten-Leninisten wissen, daß die jetzt den breiten Massen immer deutlicher sichtbar werdenden Gebrechen im Wesen der bürgerlichen Gesellschaftsordnung, im kapitalistischen System selbst liegen und zu ihrer Beseitigung daher die Beseitigung des ganzen Systems notwendig ist. Marxisten-Leninisten sind nicht Ärzte - bzw. lächerliche Quacksalber - am Krankenbett des Kapitalismus,

sondern stellen allem voran, daß der Kapitalismus ein Buckliger ist, den nur der Tod gerademachen kann. Sie wissen das, sagen das auch und handeln danach.

Heißt das, daß sich die Marxisten-Leninisten über die unvermeidlich auftretenden kapitalistischen Erscheinungen wie Arbeitslosigkeit und Krise freuen, daß sie damit spekulieren? Nur ein Dummkopf kann das behaupten. Die wissenschaftliche Einsicht in die Gesetzmäßigkeiten des kapitalistischen Systems hat nichts mit Spekulation zu tun und Tatsachen bleiben Tatsachen, ob sie einem nun gefallen oder nicht. Man kann sich gegen sie nicht wehren, indem man sie negiert und der Hoffnung frönt, es werde schon nicht so schlimm kommen, sondern man muß sie erkennen und im Kampf berücksichtigen.

Schon garnicht heißt es, daß wir den Kampf der arbeitenden Menschen um ihre sozialen und wirtschaftlichen Errungenschaften, um die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze und ihres Lebensstandards gering schätzen oder etwa

für aussichtslos hielten. Ganz im Gegenteil! Was wir erwarten, erwarten wir ausschließlich vom aktiven Kampf der arbeitenden Menschen für ihre Interessen! In der Auslösung und tatkräftigen Unterstützung, in der bewußten Führung und Weiterentwicklung des proletarischen Klassenkampfes liegt der ganze Sinn und Inhalt unserer Existenz. In der konkreten gegenwärtigen Situation in der österreichischen Wirtschaft bedeutet das:

- **Konsequenter Kampf um jeden einzelnen Arbeitsplatz!**
- **Kampf um jeden Groschen Reallohn!**
- **Kampf um jeden Millimeter sozialer und wirtschaftlicher Rechte und Errungenschaften!**
- **Einsatz aller zum Massenkampf gehörender Mittel und Methoden zu diesem Zweck, einschließlich von Massenstreiks, Kampfdemonstrationen, Betriebsbesetzungen**

## AUS DER ORGANISATION

# ROTER MONTAG

Wie schon im vergangenen Jahr finden auch heuer an jedem Montag-Abend im Lokal der MLPÖ in Wien 15., Goldschlagstraße 64/5 zwanglose Zusammenkünfte von Freunden und Mitarbeitern der "Roten Fahne" statt, bei denen entweder ein bestimmtes Programm auf der Tagesordnung steht oder aber einfach praktische Arbeiten durchgeführt werden, bei denen jeder Genosse mithelfen kann.

Wir empfehlen allen Genossen, von dieser Einrichtung des "Roten Montags" regen Gebrauch zu machen und fallweise auch Bekannte und Interessenten mitzubringen.

## Veranstaltungskalender

**für Jänner 1968**

Montag, den 8. Jänner 1968

ab 18,00 Uhr



ROTER MONTAG

Versandarbeiten usw.

Montag, den 15. Jänner 1968

19.00 Uhr



## LICHTBILDER-ABEND

## Schnappschüsse aus dem China der Proletarischen Kulturrevolution

Montag, den 22. Jänner 1968

ab 18,00 Uhr

ROTER MONTAG

zugleich Punkt 18,00 Uhr:



## TREFFEN DES JUGENDKOLLEKTIVS DER MLPÖ

Montag, den 29. Jänner 1968

19,00 Uhr



**SCHULUNGSABEND** zum Thema:

## "Die Entwicklung des Klassenkampfes nach dem Sieg der proletarischen Revolution"

**LINZ:**

Am Donnerstag, den 1. Februar 1968, findet in der Volkshochschule Linz, Vorgartenstraße 36 (1.Stock!) die Vorführung des in Wien und Innsbruck bereits mit so großem Erfolg gezeigten großartigen Farbfilms aus der VR China

★ „Der Osten ist rot!“ ★

statt. Beginn 20,15 Uhr. Eintritt für Hörer der Volkshochschule S 4,-, für sonstige Interessenten S 8,-.

gen, Verjagung besonders verhaßter Repräsentanten der privat- und staatskapitalistischen Bankrottpolitik, usw. usf.

Gerade das, was die Reaktion als die "Straße" schmäht und den "Terror" des "Mobs", des "Pöbels" usw. nennt, weil die arbeitenden Massen in ihren Augen immer nur "Pöbel" und "Mob" waren - gerade das braucht die österreichische Arbeiterschaft heute dringender denn je, wenn sie nicht der Lastesel sein will, auf dessen Rücken mehr und mehr geworfen wird, bis er zusammenbricht. Es wäre nicht nur ein Beispiel wirklicher Demokratie, sondern ein garnicht zu überschätzender Sieg im Kampf für die Verteidigung der Interessen des arbeitenden Volkes, wenn etwa die tausenden der von den "Gesundungsplänen" der ÖIG betroffenen Arbeiter einige der für die Zugrundelegung der verstaatlichten Industrie verantwortlichen Herrschaften aus ihren Ämtern holten und mit ihnen "chinesisch reden" würden, oder wenn in revolutionären Massenaktionen die staatliche Zwangsverwaltung oder entschädigungslose Enteignung von großen Privatbetrieben erzwungen würde, wenn deren Besitzer durch Massenentlassungen demonstrieren, daß sie am Ende ihres Lateins sind, usw.

Vielerlei Methoden und Formen des Massenkampfes gegen die mit der herannahenden Krise sich verschärfenden reaktionären Angriffe sind möglich und notwendig. Wenn sie aber wirkungsvoll sein sollen, so müssen es letzten Endes revolutionäre Kampfkationen sein oder müssen sie in solche münden. Anders ausgedrückt: Sie dürfen sich nicht auf den engen Rahmen der üblichen gewerkschaftlichen Aktionen und auf die von den bürgerlichen und opportunistischen Politikern gebilligten Formen beschränken, sondern müssen darüber hinausgehen - unbekümmert um das sich unvermeidlich erhebende wilde Geschrei der Reaktion über "Ungesetzlichkeit", "Verletzung der Demokratie", "Störung der Ruhe und Ordnung", über "Terror der Straße" und "Anarchie".

Es ist eine elende Lüge, zu behaupten, daß die modernen Revisionisten die Möglichkeiten des Kampfes um wirtschaftliche und soziale Rechte und Vorteile positiv beurteilten und daher führen wollen, während die Marxisten-Leninisten die Möglichkeiten eines solchen Kampfes verneinten und daher daumendrehend auf die Revolution warten. Dieser Vorwurf, den wir heute täglich aus dem Munde der Mareks und Fürnbergs, Wests

und Scharfs hören, ist nichts anderes als die Wiederbelebung des demagogischen "Arguments", mit dem die Opportunisten die Kommunisten jahrzehntlang verleumdet haben. Der Unterschied zwischen Revisionismus bzw. Reformismus und Marxismus-Leninismus liegt ganz wo anders. Er liegt darin, ob man auf jeden Fall im Rahmen von Aktionen bleiben will, die von den Herrschenden als "legal" anerkannt und toleriert werden, weil sie das System nicht gefährden, oder ob man entschlossen Kurs nimmt, diesen Rahmen zu sprengen, den wirtschaftlichen Kampf auf das Niveau des politischen Kampfes zu heben, den Kampf um bloße Tagesinteressen zum Kampf um die Zukunftsinteressen des arbeitenden Volkes weiterzuentwickeln. Der Unterschied liegt darin, ob man Illusionen nachjagen oder mit offenen Augen kämpfen soll. Er liegt letzten Endes eben darin, ob man darauf abzielt, dem kapitalistischen System zu einer verhältnismäßig reibungslosen Funktion zu verhelfen, oder darauf, den arbeitenden Massen zu helfen, dieses System für alle Zeiten loszuwerden.

Deswegen ist uns Marxisten-Leninisten der Kampf um die Interessen und Probleme des Tages, um die da oder dort zu erringenden kleinen Vorteile und Reformen nicht Selbstzweck und schon garnicht Revolutionsersatz, sondern Vorstufe und Ausgangsbasis für den revolutionären Kampf, die energische Abwehr der täglichen Angriffe und Belastungen durch das herrschende System Durchgangphase zu höheren Formen des Kampfes, Schule der Revolutionierung der Massen, Vorhutgefecht bei der Vorbereitung der proletarischen Revolution.

Immer wieder wird sich herausstellen, daß nur ein solcherart ausgerichteter Kampf ein wirkungsvoller Kampf ist, während der reformistische und revisionistische bloße "Kampf um Tagesinteressen" letzten Endes wirkungslos bleibt und alle seine momentanen Erfolge, wo sich solche überhaupt einstellen, schon morgen wieder in nichts zerrinnen. Und so verstehen wir auch die Forderung Lenins, zu der "Unmasse von kleinen und kleinsten Reformen", um die der Kampf in der bürgerlichen Demokratie oft geht, zwar Stellung zu nehmen, aber so, "daß wir - um die Sache ein bißchen mechanisch, aber drastisch auszudrücken - in jeder halbstündigen Rede 5 Minuten von den Reformen, 25 von der kommenden Revolution sprechen".

F. St.

\_\_\_\_\_

Es begann damit, daß die Werftarbeiter bei



(Fortsetzung auf Seite 11)

# AUTHENTISCHE BERICHTE UND KOMMENTARE

aus dem sozialistischen China in deutscher Sprache

## PEKING RUNDSCHAU

Eine politische Wochenschrift,  
welche die Ideen  
Mao Tse-tungs vertritt.

ZUSENDUNG PER LUFTPOST!

### ABONNEMENTSPREIS für

1 Jahr . . . S 100,-

2 Jahre . . . S 150,-

3 Jahre . . . S 200,-

Einzelheft S 2,50

## CHINA IM BILD

Eine reich illustrierte Monats-  
schrift aus Peking über das  
Leben in China.

### ABONNEMENTSPREIS für

1 Jahr . . . S 50,-

2 Jahre . . . S 75,-

3 Jahre . . . S 100,-

Einzelheft S 5,-

Wer bis längstens 31. März 1968 sein Abonnement bestellt bzw. erneuert, erhält kostenlos einen chinesischen Kalender für das Jahr 1968 oder ein anderes originelles Werbegeschenk!



Das weltberühmte „Rote Büchlein“  
„Worte des Vorsitzenden Mao Tse-tung“

Regiepreis S 8,- plus Porto



ZU BEZIEHEN DURCH:



ABONNEMENTSVERMITTLUNG CHINESISCHER ZEITSCHRIFTEN

**1151 Wien Postfach 82**

(Fortsetzung von Seite 9)

dem Streik gegenüber nämlich abwartend geblieben. Gegen ihn auftreten wollten sie nicht, ihn aber offen zu unterstützen, wagten sie nicht. Jetzt wird ein neuer Arbeiterausschuß "gewählt" und dazu auch gleich eine neue Betriebsgewerkschaftsleitung. Weil die bisherigen "versagt" haben. Sie haben es, wie es heißt, verabsäumt, den Arbeitern das Wesen der Wirtschaftsreformen und der "Selbstverwaltung" richtig zu er-

klären. Sonst hätte es doch zu keinem Streik kommen können...

Alles wird teurer. Die Erhöhung des Benzinpreises von 160 auf 180 Dinar freut zwar die Triester Tankstellen, die jetzt die Konkurrenz der jugoslawischen Benzinpreise nicht mehr fürchten müssen, aber für das jugoslawische Volk bedeuten sie den Anstoß zu einer großen Zahl weiterer Verteuerungen. In bezug auf die Mietzinse ist beschlossen worden, sie bis 1970 auf "eu-



## Der große Führer, Vorsitzender Mao, sendet eine Grußbotschaft an den Vorsitzenden Nguyen huu Tho

Herzlichste Glückwünsche zum 7. Jahrestag der Gründung der Nationalen Befreiungsfront Südvietsams

Vorsitzender Mao Tse-tung, der große Führer des chinesischen Volkes, sandte am 19. Dezember eine Grußbotschaft an Nguyen huu Tho, den Vorsitzenden des Präsidiums des Zentralkomitees der Nationalen Befreiungsfront Südvietsams und gratulierte zum 7. Jahrestag der Gründung der NBF aufs herzlichste. Der Wortlaut dieses Telegramms ist wie folgt:

An den Vorsitzenden des Präsidiums des Zentralkomitees der Nationalen Befreiungsfront Südvietsams

**Nguyen huu Tho!**

Anläßlich des 7. Jahrestags der Gründung der Nationalen Befreiungsfront Südvietsams entbiete ich im Namen des chinesischen Volkes der kämpfenden Bevölkerung von Südvietsam die allerherzlichsten Glückwünsche.

Ihr habt ausgezeichnet gekämpft! Auf die eigene Kraft gestützt, habt Ihr unter äußerst schwierigen Bedingungen dem USA-Imperialismus, dem grausamsten Imperialismus in der Welt, schwere Schläge versetzt und ihn in eine auswegslose Lage gebracht. Das ist ein großartiger Sieg! Das chinesische Volk bringt Euch seine Hochachtung dar.

Euer Sieg beweist erneut, daß ein Land, ganz gleich, ob groß oder klein, jeden noch so mächtigen Feind besiegen kann, wenn es seine Volksmassen vollständig mobilisiert, sich fest auf sie verläßt und einen Volkskrieg führt. Das vietnamesische Volk hat mit seinem Widerstandskrieg gegen die USA-Aggression zur Rettung des Vaterlandes unter der weisen Führung seines großen Führers, des Vor-

sitzenden Ho chi Minh, den unterdrückten Völkern und Nationen der Welt bei ihren Kämpfen um die Befreiung ein glänzendes Beispiel gegeben.

Die Tage der USA-Aggressoren in Vietnam sind gezählt. Alle reaktionären Kräfte, die dem Untergang nahe sind, wehren sich jedoch stets verzweifelt bis zum äußersten. Unweigerlich nehmen sie ihre Zuflucht zu militärischen Abenteuern und politischen Täuschungen jeder Art, um sich vor dem Untergang zu retten. Und die revolutionären Völker werden vor dem Endsieg unvermeidlich noch auf verschiedene Schwierigkeiten stoßen. Aber all diese Schwierigkeiten können überwunden werden, und keine Schwierigkeit kann den Vormarsch der revolutionären Völker aufhalten. Beharrlichkeit führt zum Sieg. Ich bin fest davon überzeugt, daß das vietnamesische Volk, wenn es beharrlich einen langwierigen Krieg führt, mit Sicherheit die USA-Aggressoren aus seinem Land verjagen wird.

Wir unterstützen Euch entschlossen. Unsere beiden Länder sind Nachbarn, die eng wie Lippen und Zähne in Beziehung stehen. Unsere beiden Völker sind Brüder, die Freud und Leid teilen. Brudervolk im Süden Vietnams, Volk von ganz Vietnam, Ihr könnt Euch darauf verlassen, daß Euer Kampf der unsere ist. Das 700 Millionen zählende chinesische Volk ist die feste Stütze des vietnamesischen Volkes; das weite Territorium Chinas ist das zuverlässige Hinterland des vietnamesischen Volkes. Der festen Kampfgemeinschaft unserer beiden Völker gegenüber sind alle militärischen Abenteuer und alle politischen Täuschungen des USA-Imperialismus zum Scheitern verurteilt.

Der Sieg wird mit Sicherheit dem heroischen vietnamesischen Volk gehören!

19. Dezember 1967

**MAO TSE-TUNG**

ropäisches Niveau" zu heben. Man spricht auch von einer möglichen Dinar-Abwertung. Die Abwertung in Franco-Spanien bedeutet einen Schlag gegen den Fremdenverkehr nach Jugoslawien. Aber auch die englische Pfundabwertung, die der spanischen Abwertung vorausging, hat eine große Zahl unserer "selbstverwalteten" Betriebe an den Rand des Ruins gebracht. Die große Lederwarenfabrik in Vrhnika bei Lubljana ist nur ein Beispiel von vielen. Sie beliefert vor allem den englischen Markt und hatte langfristige Verträge auf der Basis des Pfund-Sterling. Da aber 1 Pfund jetzt nicht mehr 3.500 Dinar, sondern nur mehr 3.000 Dinar wert ist, hat das Unternehmen einen Schaden, der sich noch in diesem Jahr (1967) auf 300 Millionen, im Jahr 1968 auf rund 1.000 Millionen Dinar belau-

#### ACHTUNG !

Der Großteil der Postbezieher der vorliegenden "Roten Fahne" findet in ihrer Beilage die Nummer 51 der beliebten "BRIEFE AUS CHINA" von Anna Luise Strong. Jene Bezieher, die auf die "Briefe" Wert legen und sie nicht beigelegt finden, ersuchen wir, ihre Adresse zwecks Nachlieferung bekanntzugeben.

fen wird. Die "Selbständigkeit" und "Selbstverwaltung" des Betriebes heißt in dem Fall, daß der Lohn der Arbeiter in katastrophaler Weise sinkt.

Daß der Staat insofern einen bestimmten Minimallohn "garantiert", als er notleidenden Unternehmen Kredite gewährt, hat wenig Bedeutung, denn einschließlich der Ernährungsbeihilfe macht dieses Minimum nur 45.000 Dinar monatlich ( etwa 900 Schilling!) aus. Ein solcher "Lohn" liegt tiefer als die Arbeitslosenunterstützung für einen Arbeiter, der innerhalb der letzten zwei Jahre 18 Monate lang in Arbeit stand.

Längere Arbeitslosigkeit bedeutet, daß man nur mehr freie ärztliche Betreuung hat, aber kein Arbeitslosengeld mehr bekommt. Da man dann aber auch aus der Arbeitslosenstatistik ausscheidet, ist die wirkliche Zahl von Arbeitslosen weit größer als die offiziell zugegebene Zahl von fast 300.000.

Für den parasitären Charakter des Wirtschaftssystem ist typisch, daß die schlechtesten Löhne und die kleinsten Prämien in der Produktion bezahlt werden. Jeder möchte in ein Handelsunternehmen kom-

men, weil dort das Lohnniveau wesentlich höher ist und schöne Prämien herauszuschauen, wenn die Leitung gut zu spekulieren versteht. Am besten stehen sich freilich die großen "Distributer-Unternehmen" für den Außenhandel, insbesondere bei Elektrowaren. Ein solches Distributer-Unternehmen in Sarajewo, das die Verbindung zwischen einigen in- und ausländischen Produktionsbetrieben und Handelsfirmen besorgt, konnte eine Jahresprämie von 18 Monatslöhnen auszahlen. Natürlich ist ein Posten in einer solchen Firma nur durch "Verbindungen", verwandtschaftliche Protektion oder durch Bestechung zu bekommen.

Die zunehmende Gärung im ganzen Land zeigt sich auch bei der Jugend, besonders auch bei den Studenten. Seit dem berühmten "Karnevalszug" der Studenten in Lubljana, der sich zu einer antititoistischen Demonstration auswuchs und mit Verhaftungen und Mißhandlungen der Demonstranten durch die Polizei endete, herrscht ein gespanntes Verhältnis. Daß in den Köpfen der jungen Leute, insbesondere der Studenten, manchmal auch einiger Unsinn herumspukt, darf einem den positiven Kern ihrer Rebellion nicht übersehen lassen. Oft ist dieser Unfug auch nur die "unpolitische" äußere Form, in die sich das politische Interesse kleidet, um nicht von vornherein die ganze Repressivgewalt auf dem Halse zu haben. Wenn etwa die "Borba" kürzlich zwei Zagreber Studentenzeitungen als "pornographisch" angriff, so wußte sie ebenso wie die Studenten, daß es um ganz etwas anderes ging. Die Sammlung von Karikaturen aus dem Jahr 1947 zum Beispiel, welche die Studenten anlässlich des 20. Jahrestags veröffentlichten, war ein unmißverständlicher Angriff gegen das Regime, obwohl die Karikaturen nicht kommentiert wurden.

Bei den Arbeitern wirken einerseits die bitteren Enttäuschungen noch lähmend, die gerade die besten und aktivsten von ihnen erlebt haben, andererseits ist auch die Angst vor der Entlassung sehr groß und macht sich dort und da die vom System ausgehende Korruption stärker fühlbar. Aber allmählich kommen die Massen in Bewegung. Und dieser Bewegung wird das Tito-Regime auf die Dauer nicht gewachsen sein.